

Türkische Partei ADD will,
❖ dass Essener Tafel Insolvenz anmelden muss
❖ und gleichzeitig eigene Tafel für Muslime gründen

[Veröffentlicht am 05.03.2018 von der waechter.net und EpochTimes](#)

Nach einer Meldung von epochtimes.de

Mit einer Strafanzeige will die türkische Partei ADD dafür sorgen, dass die Tafel ihre Gemeinnützigkeit verliert und Insolvenz anmelden muss.

Dazu hat die ADD zugleich auch die Einrichtung einer eigenen Armenspeisung namens "SOFRA" angekündigt, dem türkischen Wort für "Tafel", mit dem Hauptaugenmerk auf der Versorgung von Muslimen.

Wiederholt habe ich über türkische Bestrebungen berichtet, von innen heraus Einfluss auf die deutsche Politik zu nehmen. Seit vielen Jahren erfüllen diese Aufgabe neben den zahlreichen "Kulturvereinen" vor allem die türkisch-islamische Union DITIB und die Türkische Gemeinde.

Doch die Einflussnahme beschränkt sich keinesfalls auf die von der Politik zum mächtigen Mitspieler aufgebauten Verbände. Auch in den etablierten Parteien werden die türkisch-islamischen Interessen mit Nachdruck vertreten, nicht zuletzt durch hochrangige Regierungsmitglieder, etwa der Schwester zweier Islamisten, Aydan Özoğuz.

Erstmals trat 2017 mit der Allianz Deutscher Demokraten (ADD) sogar eine türkische Partei bei der Bundestagswahl an. Bei unseren niederländischen Nachbarn befindet sich mit der DENK eine derartige Organisation bereits im höchsten Parlament. Unverhohlen betätigt diese sich seither als Erdoğan's Sprachrohr, errichtet öffentliche Pranger und heizt integrationspolitische Fragestellungen an.

Das auf Spaltung angelegte Wirken mit einer einseitigen Interessenpolitik ist das Wesensmerkmal der türkischen Parteigründungen. Sie sind nichts weiter als der verlängerte Arm von Erdoğan's AKP. Eisern halten Deutschlands Medien dennoch an ihrem Begriff der "Migrantepartei" fest, um Ziele und Auftrag zu verschleiern. Dies gilt auch in Bezug auf die ADD, die sich im Bundestagswahlkampf explizit an alle "Türkei-Freunde" wandte und mit dem Konterfei ihres Führers vom Bosphorus warb.

❖ Mit einer Strafanzeige will man dafür sorgen, dass die Essener Tafel ihre Gemeinnützigkeit verliert und Insolvenz anmelden muss

Die mit viel Selbstbewusstsein 2016 in Nordrhein-Westfalen gegründete ADD hat sich seither allerdings kaum ins Gespräch bringen können. Mickrig war der Wählerzuspruch bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2017. Und auch die Bundestagswahl endete mit einer Bauchlandung. Gerade einmal 0,1% der Stimmen konnte man verbuchen.

Bei der Gründung hatte der Vorsitzende *Remzi Aru* vollmundig ein Ergebnis von mindestens 10% angekündigt. Dazu hätte es allerdings jener Änderung des Wahlrechts bedurft, die linke und muslimische Gruppen immer wieder ins Gespräch bringen: Eltern sollen für ihre minderjährigen Kinder wählen dürfen. Leicht könnten so pro Familie ein halbes Dutzend ADD-Stimmen zusammenkommen.

Noch ist es aber nicht soweit, und so muss die ADD auf andere Weise Stimmen erwerben. Unverhofft hat sich ihr nun durch die tagelange Diskussion rund um die Essener Tafel eine Möglichkeit eröffnet, auf sich aufmerksam zu machen. Mit einer Strafanzeige will man dafür sorgen, dass die Tafel ihre Gemeinnützigkeit verliert und Insolvenz anmelden muss. Man habe wegen des unter anderem von Pro Asyl, einer Sozialministerin und der Frankfurter Rundschau bescheinigten Rassismus einen "Strafantrag wegen dem Verdacht der Steuerhinterziehung aufgrund fehlender Gemeinnützigkeit gestellt".

Die Argumentation ist so holprig wie die Formulierung selbst, und natürlich hat die Anzeige keinerlei Aussicht auf Erfolg. Aber darum geht es den türkischen Gegen-spielern auch gar nicht.

→ **Die ADD muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie den Vorwand der Wohltätigkeit dafür missbraucht, Wähler zu ködern**

Sie scheinen in erster Linie Muslime aufwiegeln zu wollen, allen voran die Millionen von Türken und Türkischstämmigen, deren Stimmen sie brauchen, um an die Fleischtöpfe der großen Politik gelangen zu können. Dazu hat die ADD zugleich auch die Einrichtung einer eigenen Armenspeisung namens "SOFRA" angekündigt, dem türkischen Wort für "Tafel", mit dem Hauptaugenmerk auf der Versorgung von Muslimen.

Ein Aufruf an "türkische aber auch Internationale Gaststätten, Restaurants oder Hotels" soll helfen, der muslimischen Kundschaft "halal" zubereitetes Essen anbieten zu können. Man könnte es begrüßen, wenn sich neben den vielen bestehenden karitativen Einrichtungen eine weitere bildete, die sich um das Wohl der Ärmsten kümmern wollte.

Als Partei muss sich die ADD aber den Vorwurf gefallen lassen, dass sie den Vorwand der Wohltätigkeit dafür missbraucht, potentielle Wähler mit milden Gaben zu ködern. Der Vorstoß ist auch deshalb so perfide, weil nicht etwa die Schaffung eines Zusatzangebots im Vordergrund steht, sondern das erklärte Ziel, sich an der Essener Tafel zu rächen.

Doch während der Vorsitzende der Tafeln in Deutschland Angela Merkel öffentlich bestellt, man lasse sich von ihr nicht für die Folgen ihrer falschen Politik rügen, hört man von der ungewohnt redseligen Kanzlerin nichts dazu, dass die Partei der Türken die Essener Vorgänge für ihre billige Eigenwerbung missbraucht. Wundern muss dies niemanden, es entlarvt aber eine polit-mediale Kaste, die den Vorwurf des Ausschlachtens immer nur dann erhebt, wenn sich vermeintliche oder tatsächliche Rechte artikulieren.

Über den Autor:

Der iranischstämmige Autor lebt im Rhein-Main-Gebiet und engagiert sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik. Der frühere Banker und langjährige Büroleiter des DFB-Präsidenten hält heute Fachvorträge zur Staatsschuldenkrise und lehrt als Gastdozent. Publizistisch betätigt sich Peymani als Buchautor und für eine Reihe bekannter Debattenmagazine.

- Sein neuestes Buch heißt [„Hexenjagd-Der mündige Bürger als Feindbild von Politik und Medien“](#). Hier nimmt Peymani einmal mehr die polit-mediale Kaste aufs Korn, die sich in einer Parallelwelt eingerichtet hat, in der sie die Wirklichkeit kaum mehr wahrnimmt. Das Buch erschien am 12. Januar 2018. Kostenpunkt: 11.90 Euro

Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben.